

## Rote Armee Fraktion

6. März 1994

Wir sagen jetzt noch einmal was zu der vergangenen Phase seit April '92. Uns ist klar, daß nach der ganzen Katastrophe – unserem Kontakt zu dem VS-Bullen Steinmetz, der dem Staatsschutz die Ermordung von Wolfgang Grams und die Verhaftung Birgit Hogefelds ermöglicht hat, bis hin zur Spaltung zwischen uns und einem Teil der Gefangenen aus der RAF – eine Menge Fragen an uns auf dem Tisch liegen. Warum wir mit allem gescheitert sind, was wir in dieser Phase erreichen wollten. Natürlich ist das auch unsere Frage, die wir beantworten wollen, soweit wir unsere Verantwortung sehen.

Den GenossInnen, die von uns erwarten, daß wir hier über »unsere Hoffnungen« auf den Staat reden, daß wir einen von uns angeblich angestrebten »Deal« mit dem Staat kritisieren, können wir nur sagen: wir können darüber nicht reden, weil es nicht der Wahrheit entspricht. Es gibt in dieser Hierarchie nichts, »was wirklich gelaufen ist« oder was wir »zugeben könnten«.

Die schwerste Verantwortung dafür, daß der Druck für die Freiheit der Gefangenen, soweit er mit uns verbunden war, sich ins Nichts auflöste, sehen wir in unserem Fehler, Kontakt mit einem Bullen gehabt zu haben. Deshalb geht es jetzt zum großen Teil darum. Wir haben gehört, daß es GenossInnen gibt, die die Diskussionen, die sich aus der Spaltung ergeben haben, teilweise erfreulich finden. »Endlich kommen die Fragen auf den Tisch«. Wir sind davon nicht begeistert. Wir sehen diese Spaltung als Schwächung und die Tatsache, daß sich GenossInnen erst nach so einem Crash zusammensetzen und fragen, was die Ziele von uns oder den Gefangenen seit '89 gewesen seien, drückt auch aus, wie wenig genau die Diskussion in den letzten Jahren an diesem Punkt in der Linken geführt worden ist.

Sicher ist es jetzt richtig, die politischen Widersprüche herauszuarbeiten. Insgesamt geht es um die Aneignung der Erfahrungen aus den Kämpfen der radikalen Linken und um die Zukunft emanzipatorischer Politik für die Umwälzung. Darum ging es uns auch in den letzten Jahren. Angesichts der »RAF-Debatte«, die wir seit dem 28.10./2.11. haben, sind wir erstmal darauf zurückgeworfen, zu klären, »was wirklich war«. Das ist jetzt erstmal die Bedingung für uns, um uns wieder auf die inhaltliche Vertiefung und Entwicklung konzentrieren zu können. Die Klärung ist notwendig, weil die offenen Fragen zu den letzten Jahren einem weiterführenden Prozeß im Wege stehen. Trotzdem ist es so, daß diese Diskussion mitsamt diesen Fragen der Wirklichkeit weit hinterher hinkt – auch wenn wir die Notwendigkeit, darüber zu reden, sehen. Die Fragen, die eigentlich anstehen, berühren beispielsweise Kinkel nur insofern, als daß er als heutiger Außenminister wesentlich die Rolle der BRD im internationalen Rahmen mitbestimmt. Wie z.B. die direkte Teilnahme der BRD am Krieg

des türkischen Staates gegen das kurdische Volk und die Verlängerung dieses Krieges durch das Verbot der kurdischen Organisationen in die BRD hinein. Darüber hinaus beinhaltet die Beantwortung dieser Fragen kaum den Schlüssel für die Fragen nach den politischen Zielen, den sozialen Inhalten und Formen der Organisation, die die Linke der herrschenden Entwicklung entgegenstellen wird.

Seit dem Schlag in Bad Kleinen war uns definitiv klar, daß ein Teil unseres Versuchs aus den vergangenen Jahren: auch in einer Zeit des Übergangs zu neuen Bestimmungen unsere konkrete Initiative für die Freiheit der Gefangenen einzusetzen, gescheitert und unmittelbar so nicht fortzusetzen war. Doch statt mit neuen Überlegungen wieder Fuß fassen zu können, haben wir uns seither im Kreis bewegt: Die Auseinandersetzung um den Bullen, der offensichtliche Bruch zwischen uns und einem Teil der Gefangenen danach und schließlich die Denunziationen und die Spaltung einschließlich der Debatte, die das ausgelöst hat. Uns geht es darum, alles das abzuschließen, um überhaupt wieder den Blick nach vorne freizubekommen. Für uns haben sich die Ausgangsbedingungen entscheidend verändert. Eine »große Diskussion«, wie wir sie uns vor zwei Jahren vorgestellt haben, ist bisher nicht zustande gekommen. Wir denken, daß das mehr oder weniger zufällig und unstrukturiert auch nicht zustande kommen kann.

Ein neuer Anlauf ist sicher notwendig. Wie der Klärungsprozeß zur Neubestimmung für uns nun genau verlaufen wird und wie wir uns darin einbringen werden, ist für uns zum jetzigen Zeitpunkt völlig offen.

Unser schwerster Fehler in den letzten Jahren – der Kontakt mit dem Bullen Steinmetz – hat natürlich bei GenossInnen Fragen aufgeworfen, die geklärt werden müssen. Wie konnte es dazu kommen?

Nachdem das Staatsschutzprojekt, Steinmetz nach Bad Kleinen weiter als Spitzel einzusetzen, gescheitert war, war es die veränderte Staatsschutzlinie, Lügen über den Inhalt der Verbindung von uns zu Steinmetz zu lancieren. Sie haben gesehen, daß diese Denunziationen wirken und z.B. die Spaltung innerhalb des politischen Zusammenhangs RAF/Gefangene forcieren. Unser Versuch, zu einer umfassenden Diskussion zur Neubestimmung systemantagonistischer Politik zu kommen, war in den letzten Jahren kaum in Gang gekommen. In dieser Situation sollte die Staatsschutzpropaganda von der Verquickung unserer Politik mit einem VS-Spitzel unsere Isolierung von allen, die nach einer Weiterentwicklung der emanzipatorischen Kämpfe suchen, produzieren und so das Scheitern unseres Versuchs erreichen.

Bis jetzt sind dem Staatsschutz kaum Grenzen dabei gesetzt worden, die Steinmetz-Geschichte immer weiter auszumodellieren. Dazu haben wir auch unseren Teil beigetragen, weil wir – nach allem, wovon wir '93 überrollt worden sind – uns erst jetzt dazu äußern können.

So teilt der VS via Steinmetz in einem Interview (Spiegel 7/94) ein weiteres Mal mit, Steinmetz hätte zwischen der »Szene« und dem Staat und zwischen uns und dem Staat den »Mittler« gespielt. Wir hätten mit einem Vermittler des VS diskutiert,

dessen Position gegenüber uns quasi die Propagierung von »Frieden mit dem Staat« gewesen sei. Tatsächlich spielte Steinmetz uns gegenüber die Rolle »revolutionärer Linker«, der z.B. gerne eine Diskussion mit uns darüber geführt hätte, ob es seine eigene Perspektive sein könnte, in der Guerilla zu kämpfen. – Eine Diskussion, auf die wir uns nicht eingelassen haben.

Dieser Vermittlerquatsch ist genauso frei erfunden wie die neueste Version von seiner angeblichen »Mitgliedschaft« in der RAF, und die Funktion dieser Lügen offensichtlich. Es wäre auch vollkommen falsch zu glauben, daß Steinmetz, als einer, der »dazwischen« steht, nicht alles das an Informationen über GenossInnen an den Staatsschutz weitergegeben hat, was er mitbekommen hat, und alles das liefern wird, was er nicht weiß, aber was der Staatsschutz von ihm verlangt.

Was jetzt angelaufen ist, das Theater um die »großen Widersprüche« im Apparat, die Geschichte von der angeblichen Vertuschung der angeblichen »Mitgliedschaft« eines Bullen in der RAF soll die Diffamierungen gegen uns noch weiter in die Köpfe der Leute, weit über die linken Zusammenhänge hinaus, einpflanzen. Wer würde schon in Frage stellen, daß der Staatsschutz vertuscht und lügt, wo er kann!

Für diese Geschichte haben sie in längerer Prozedur den »renitenten« BKA-Beamten in der Öffentlichkeit aufgebaut, der aufgrund seiner »Wahrheitsliebe« den Repressalien seiner Dienstherrn ausgesetzt sei. Wie groß die Übereinstimmung des VS-BKA-BAW-Interesses tatsächlich ist, zeigt sich u.a. daran, daß der VS über seine Schreiber in der taz die Vertuschungsstory groß aufbauen läßt – wo er doch selbst der Vertuschung beschuldigt ist. Es ist schon eine gigantische Staatsschutzoperation, die mit dem Ziel, die größtmögliche Verunsicherung über uns zu schaffen, läuft. Um der »Phantom«-Lüge Authentizität zu verleihen, inszeniert das BKA auch Hausdurchsuchungen bei ihren Geheimdienst-Schreibern Landgräber, Sieker, Wisnewski, den Autoren des »RAF-Phantom«.

Die Lüge, Steinmetz sei an unserer Aktion gegen den Knast in Weiterstadt beteiligt gewesen, soll sowohl die von den Geheimdiensten in die Welt gesetzte »Phantom«-Diskussion als auch zur künftigen Kriminalisierung von legalen GenossInnen die alte Lüge von einer »Gesamt-RAF« auffrischen. Mal abgesehen davon, daß sie damit bezwecken, die politische Wirkung der Aktion im nachhinein zu zerstören.

Gegen diese Phantom-Propaganda und die alte Kriminalisierungslinie gegen legale GenossInnen sagen wir noch einmal:

1. Weder Steinmetz noch GenossInnen aus dem Widerstand waren in irgendeiner Art an unserer Aktion gegen den Knast in Weiterstadt (oder sonstigen Aktionen) beteiligt.

2. Auch haben wir keinen Fragebogen an GenossInnen aus dem Widerstand herumschickt, um die Entscheidung über diese Aktion abstimmen zu lassen.

3. Wir sind weder von Steinmetz noch auf einem anderen Weg an die offene Struktur von Computernetzen wie dem Spinnennetz angeschlossen. Diese Behauptung zielt einzig und allein auf die Kriminalisierung und Zerstörung von internatio-

nalen Kommunikationsstrukturen des Widerstands, die offen organisiert sind.

4. Wäre unser Kontakt zu Steinmetz so intensiv und eng gewesen, wie die Staatsschutzpropaganda behauptet, dann hätten wir ihn als Bullen enttarnt. Gerade die Diskontinuität und Ungenauigkeit in diesem Kontakt hat das verhindert. Die Möglichkeit, daß einer wie Steinmetz hierher zu uns dazukommt, besteht und bestand nicht.

Wir werden einiges auch Konkretes zu der Geschichte sagen, nicht, um eine lebensnahe Story hinzulegen, sondern einzig und allein deswegen, weil von uns und von anderen Fehler gemacht wurden, die wir begreifbar machen wollen, um so zu ihrer Aufhebung kommen zu können. Nur darin hat die Transparenz einen Sinn.

Auch wenn für uns Konsequenzen und Korrekturen notwendig sind, über die wir hier nicht reden werden, denken wir, daß aus unseren Fehlern mit Steinmetz auch für andere, die sich damit auseinandersetzen, wie Widerstand organisiert werden kann, einiges deutlich wird und herausgezogen werden kann.

Wichtig ist: Es wäre möglich gewesen und es ist möglich, einen Bullen wie Steinmetz, der voll und ganz in der Szene lebt, zu enttarnen.

Nach dem 27.6.93 sind so viele Schrägheiten in der Geschichte des Spitzels ans Licht gekommen, daß der Gedanke zur Gewißheit wird: Wären wir und die, die mit ihm zusammengelebt haben, den »komischen Gefühlen« und seltsamen Geschichten auf den Grund gegangen, dann wäre dieser Fehler nicht passiert.

Die Chronologie seiner Karriere (siehe die Broschüre der Recherchegruppe aus Wiesbaden) macht das deutlich.

Es ist fatal, daß GenossInnen (in einem Papier in dieser Broschüre zur Aufarbeitung ...) immer noch von sich sagen, es wäre ihnen unmöglich gewesen, Steinmetz als V-Mann zu enttarnen. Was wir aus der ganzen Sache ziehen, ist nicht, daß der VS unschlagbar »gut« gewesen ist, sondern, daß wir große Fehler gemacht haben. Wir hören des öfteren von Leuten, die heute sagen, sie hätten »schon immer ein komisches Gefühl« zu K.S. gehabt, ihnen wären Sachen seltsam vorgekommen, und es hätte sogar in der Vergangenheit Anlässe zu Brüchen mit ihm gegeben. Aber wir hören selten darüber, warum diese Leute nichts damit angefangen hatten. Aber erst daraus könnte gelernt werden.

Es geht uns jetzt darum:

1. Den Hintergrund, die Situation und die Fehler zu klären, die zu unserer Kontaktaufnahme mit Steinmetz geführt haben.

2. Unsere Fehler in der Auseinandersetzung mit ihm.

### **Der Bulle Steinmetz – ein Nach-68er-Staatsschutzangriff gegen uns**

Wir gehen heute davon aus, daß Steinmetz – nach einer Vorlaufzeit ab '84 – spätestens '86/'87 die konkrete Aufgabe übernommen hatte, Beziehungen zu GenossInnen aufzubauen, die den Bullen aus dem politischen Zusammenhang der Front bekannt waren, um langfristig an uns dranzukommen.

'86/'87 hat der Staatsschutz als Reaktion auf den Schritt, mit den Offensiven '85 und '86 als gemeinsame revolutionäre Front von RAF, organisierten Militanten und GenossInnen aus dem antiimperialistischen Widerstand zum Handeln zu kommen, mit einer massiven Repressionswelle gegen legale GenossInnen geantwortet.

Sie wollten diesen Prozeß mit Gewalt abwürgen. Auf der anderen Seite witterten sie ihre Chance, über die politischen Diskussionszusammenhänge an die illegalen Strukturen dranzukommen.

In dieser Zeit ist Steinmetz nach Wiesbaden gezogen. Er hat in rasantem Tempo engen Kontakt zu GenossInnen bekommen, die aus der politischen Entwicklung der Frontzeit kamen, also auch bei jeder Gelegenheit im Zentrum der Observation der Bullen standen. Ende '87 waren schon viele Zusammenhänge von GenossInnen, die sich vorher auf die politischen Bestimmungen der Front bezogen hatten, auseinandergebrochen.

Schon damals waren viele dieser GenossInnen auf der Suche nach neuen Orientierungen, und die politischen Fragen, die sie in der Frontvorstellung nicht klären konnten oder wollten, standen für sie im Vordergrund.

Aus dieser Zeit stammt der erste Verdacht gegen Steinmetz, er könnte ein Bulle sein, der uns damals auch bekannt geworden ist. Da beginnt der erste Fehler, wo wir heute sagen können, wir hätten einen Einfluß darauf gehabt; daß dieser Verdacht geklärt wird.

Steinmetz hängte sich damals in einer Art an GenossInnen dran, mit der er Mißtrauen auf sich zog. Er vermittelte sich gegenüber GenossInnen, die ihn kaum kannten, als »Technik-Crack«, der schon »andere« Sachen gemacht hätte. Er verbreitete eine Aura um sich, als sei er in der Vergangenheit in militanten Zusammenhängen gewesen, die ihm inhaltlich zu flach geworden seien, und als sei er auf der Suche nach einer weitreichenderen revolutionären Perspektive, die er unter anderem bei GenossInnen aus der antiimperialistischen Szene zu finden hoffte. Tiefer begründete er das weder aus seiner politischen Vorstellung noch aus seiner subjektiven Entwicklung. Es blieb bei Plattheiten wie: »Es geht um's Ganze statt um Teilbereichskämpfe« oder »militant und illegal ist wichtig«... auch war er schmierig genug, GenossInnen gegenüber, die darauf nicht eingingen und im Gegenteil andere Vorstellungen vermittelten, sofort umzuschwenken und so zu tun, als sei es genau das, was er auch wollte. Sein Verhalten ist damals als ein Abchecken durch ihn empfunden worden, ob GenossInnen darauf einsteigen und etwas von sich offenmachen.

Der Verdacht damals war eine Sache von Gefühlen, d.h. die Widersprüche sind empfunden worden. Aber es gab keine Indizien und in seiner Geschichte stimmte oberflächlich betrachtet alles. Es gab Gespräche mit anderen, die Steinmetz' Verhalten auch verdächtig fanden, aber die Unsicherheit überwog, oder es blieb bei verschiedenen Meinungen stehen, wie es in der radikalen Linke gerade bei solchen Fragen immer wieder vorkommt. Die Konsequenz war dann lediglich, sich selbst gegen Steinmetz abzuschotten, um damit die engsten GenossInnen und auch uns zu schützen.

Nicht auf die Aufklärung zu bestehen, hatte verschiedene schlechte Gründe. Die Unsicherheit, bei so einem Verdacht sehr stark von Gefühlen auszugehen, ohne etwas Konkretes in der Hand zu haben. Und die Befürchtung, statt einer Aufklärung könnte eine Gerüchteküche entstehen, die einen Typen, der sich nur da und dort wichtig machen und »dazugehören« will, zu Unrecht mit einem harten Verdacht trifft. Diese Unsicherheit wurde dadurch verstärkt, daß Steinmetz offensiv mit dem Mißtrauen gegen sich umging. Er hatte realisiert, daß Abstand von ihm gehalten wurde und eine Auseinandersetzung gefordert.

Das ist ein immer wieder auftauchendes Problem. Solche Unsicherheiten, die dazu führen, die ganze Sache dann doch mehr oder weniger laufen zu lassen, statt die Entscheidung zu treffen, sich dann hinter eine Aufklärung zu klemmen, die eine Gerüchteküche nicht aufkommen läßt. Das ermöglicht es Spitzeln, ihre Karriere in linken Zusammenhängen fortzuführen. Das Ernstnehmen von Geheimdienstangriffen gegen die Linke durch Spitzel reicht dann gerade noch soweit, sich und die allernächsten Zusammenhänge – wenn überhaupt – gegen so einen abzuschotten. So war es damals auch mit Steinmetz. Ein Herumlavieren statt einer Lösung. Entsprechend sind andere GenossInnen, die viel mit Steinmetz zu tun hatten, nicht mit dem Verdacht gegen ihn konfrontiert worden. Das war das Konkrete.

Der Hintergrund, den wir wesentlich finden, um die damaligen Fehler zu begreifen, war im Ende der Front angelegt. Das Ende der Front war nicht einfach ein Ende, das so bestimmt war und eine Reflektion der Erfahrungen aller am Frontprozeß Beteiligten erarbeitet und daraus gemeinsam nach einer neuen Vorstellung gesucht wurde. Sondern das Ende war ein schleichender Zerfallsprozeß, in dem viele GenossInnen Trennungen statt Auseinandersetzung vorgezogen haben. Ein Zerfallsprozeß, in dem sich die Frontzusammenhänge größtenteils auflösten und individuell oder als Kleinstgruppe andere Wege eingeschlagen wurden. Auch von uns kamen keine Impulse für eine andere Umgangsweise.

Auf der Strecke blieb sowohl die Verantwortung füreinander als auch die gemeinsame Verantwortung für die Zukunft revolutionärer Politik.

Dieser Zustand hat es Steinmetz leicht gemacht, verschiedene GenossInnen abzuchecken, ohne größer Gefahr laufen zu müssen, daß das zur gegenseitigen Vermittlung der GenossInnen untereinander und so möglicherweise zu seiner Enttarnung führt.

Das Ausweichen vor einer Klärung hat es Steinmetz nur ermöglicht, jahrelang weiter in verschiedenen Zusammenhängen zu leben und Teil von immer mehr Mobilisierungen der radikalen Linken zu sein.

Die Chronologie seiner Karriere macht deutlich, daß der Fehler, nur auf den eigenen unmittelbaren Horizont zu achten, im Zusammenhang mit Steinmetz sehr oft gelaufen ist. Wir sind uns sicher, wären beispielsweise die Information über die Verhöre bei der Staatsanwaltschaft in Kaiserslautern mit dem Verdacht zusammengekommen, hätte die Geschichte damals einen anderen Verlauf genommen. Mit Schuldzuweisung hat das nichts zu tun, dazu haben wir gar keinen Anlaß.

### **Unsere Kontaktaufnahme mit Steinmetz nach der vermeintlichen Aufklärung des Verdachts**

Wir hatten den Verdacht gegen Steinmetz nicht vergessen. Wir hatten lange Zeit nichts mehr über Steinmetz gehört. Soweit wir wußten, hatte er sich '89 erstmal aus verschiedenen Auseinandersetzungen zurückgezogen. Circa '90 erfuhren wir, daß er Teil in Diskussionszusammenhängen wurde, zu denen es von uns politische Bezugspunkte gab. Uns hat das überhaupt nicht gefallen. Es war damals noch gar nicht die Frage von uns, selbst mit ihm Kontakt aufzunehmen. Trotzdem wollten wir nicht, daß einer in Diskussionszusammenhängen Teil ist, mit denen wir es uns vorstellen konnten, in einer gemeinsamen politischen Perspektive zusammenzukommen. Also haben wir versucht, dem früheren Verdacht über verschiedene Stränge noch einmal auf den Grund zu gehen. Es gab GenossInnen, die von unseren Fragen zu ihm wußten. Nach ihrer Einschätzung hatte sich das, was zu dem Mißtrauen früher geführt hatte, aufgelöst. Steinmetz hatte z.B. angefangen, sein früheres »Abfahren auf Technik« zu kritisieren. Auch daß es ihm schwerfällt, eigene politische Gedanken über das »gegen die Schweine« hinaus zu entwickeln, hatte er als Problem von sich angesprochen. (Wir stimmen dem nicht zu, was ein Genosse im Arranca-Interview sagte, er sei bei solchen Widersprüchen immer ausgewichen. Unsere Erfahrung mit ihm ist anders. Es zieht sich durch, daß er immer versucht hat, mit seinen Schwächen, die er als Bulle hatte, offensiv umzugehen; immer alles als »Probleme«, die er lösen will, zu thematisieren. Das machte er allerdings nur dann, wenn er es für notwendig hielt, persönliche »Offenheit« zu demonstrieren, damit wir den Kontakt zu ihm weiter aufrechterhalten. Daß er diese »Probleme« natürlich nie aufgelöst hat, versteht sich ja von selbst.)

In der Auseinandersetzung um Steinmetz sind wir viel zu schnell und selbstverständlich von gemeinsamen Kriterien zwischen uns und anderen GenossInnen ausgegangen, wir haben viel zu wenig hinterfragt. Dazu kommt, daß wir uns auf das »Hände ins Feuer legen« für ihn von GenossInnen verlassen haben, deren Kriterien wir überhaupt nicht kannten – es sei ausgeschlossen, daß er ein Bulle sei. Wir hätten uns über deren Kriterien verständigen müssen. Allein die Tatsache, daß dieses oder jenes mal geklappt hat, heißt natürlich nicht, daß kein Bulle dabei gewesen sein kann. Es war eine große Ungenauigkeit von uns, zu akzeptieren, daß wir nicht mehr über den politischen und praktischen Rahmen dieser Geschichte erfahren konnten und wir aus wenigem, was wir vermittelt bekamen, einen falschen Respekt vor einer von uns nicht zu hinterfragenden Struktur hatten. Obwohl wir nichts genaueres über sie wußten und sich keine tiefere Diskussion mit ihnen entwickelte, haben wir auf ihre Einschätzung an so einer entscheidenden Frage gezählt. Aufgrund all dieser Ungenauigkeiten konnte Steinmetz' Karriere weiterlaufen.

Trotzdem ist es uns wichtig zu sagen, daß die Fragen an GenossInnen im Brief von Birgit Hogefeld (taz, 22.7.93) kein »Abschieben des Problems auf andere« ist.

Wir müssen uns als Illegale bei solchen Fragen schon sehr weitgehend auf andere GenossInnen verlassen können. Vor einer Kontaktaufnahme mit Leuten, die wir

nicht kennen, sowieso. Was natürlich ein sehr hohes Maß an Genauigkeit aller daran Beteiligten voraussetzt. Hinzu kommt, daß wir schon oft genug die Erfahrung gemacht haben, daß GenossInnen sich bei Treffen mit uns vollkommen anders vermittelt haben, als sie in ihrem Alltag gelebt haben, und wie sie in ihren Zusammenhängen, in den Beziehungen der GenossInnen untereinander waren. Es ist ein anderes Kennenlernen möglich in gemeinsamer kontinuierlicher Praxis und im Alltag, im Zusammenleben als in der Ausnahmesituation illegaler Treffen.

Steinmetz hat dann im folgenden Jahr immer mehr mit GenossInnen und verschiedenen Zusammenhängen zu tun bekommen, »gehörte also richtig dazu«. Zu politischen Zusammenhängen, die damals für sich den Anspruch formulierten, umfassende Perspektiven auch im politischen Zusammenhang mit militanten und bewaffneten Gruppen wie der RAF entwickeln zu wollen. Er hat sich als einer vermittelt, der auch, wenn nötig, mal praktisch etwas hilft – wie sowenige in der ganzen Zeit damals. Wir waren immer auf der Suche nach GenossInnen, die helfen, die Diskussion zu organisieren, was immer auch eine praktische Frage ist. Es waren die ganzen Jahre nicht gerade die Massen von GenossInnen, die dazu bereit waren. Es gab immer viel mehr GenossInnen, die »eine Front« oder den Anspruch auf gemeinsame Diskussion mit uns bekundet haben, als welche, die auch bereit waren, dafür etwas zu tun. Dementgegen vermittelte Steinmetz den Eindruck, daß er bereit sei, seine »politischen Vorstellungen« auch praktisch anzupacken. Wir sehen es heute so, daß genau das sowohl bei uns als auch bei anderen GenossInnen im weiteren Verlauf der Geschichte entscheidend dafür war, warum wir Kriterien in der Auseinandersetzung – die wir aus langen Erfahrungen hatten und weder '89 noch '92 aufgegeben haben – im Verhältnis zu ihm nach hinten geschoben haben. Im Verhältnis zu Steinmetz ist, nachdem der Bullenverdacht vermeintlich ausgeräumt war, sehr schnell in den Vordergrund gerückt, daß er im Zusammenhang der Organisation der Diskussion (wen wunderts heute!) äußerst zuverlässig war.

In der Zeit nach '89 waren wir definitiv mit der Tatsache konfrontiert, daß aus dem Frontprozeß keine gemeinsame relevante Kraft entstanden war, die in die rasant entwickelte Entwicklung in irgendeiner Weise produktiv für die Seite der Befreiung hätte eingreifen können. Das hat bei uns zu Diskussionen darüber geführt, worin unsere Fehler in den Jahren vorher gelegen haben, was falsch war an dieser Vorstellung und an ihrer Umsetzung. Es war uns bewußt, daß es nicht nur die Folgen der weltweiten Umbrüche waren, die zu diesem Ergebnis geführt hatten. In der Phase von '89 bis '92 ging es uns darum, was wir erkannt hatten und verändern wollten, direkt in unserer Praxis umzusetzen. Entlang unserer damaligen Vorstellungen wollten wir neue Bezüge zu GenossInnen aufbauen.

Auf große Resonanz sind wir mit unseren Versuchen, in eine gemeinsame Diskussion mit GenossInnen zu kommen, nicht gestoßen.

Dementgegen war Steinmetz einer von denen, die verstärktes Interesse an einer direkten Auseinandersetzung mit uns vermittelten. Das war Mitte/Ende '91.

## Die Auseinandersetzung zwischen uns und Steinmetz

Die ersten beiden relativ kurzen Treffen hatten schon eindeutig eine falsche Gewichtung. Es ging dort fast ausschließlich um eine Beschreibung der Situation in der radikalen Linken. Über Steinmetz selbst wußten wir nach dem ersten Treffen zwar, daß er »nett« war – und heute sehen wir darin diese schmierige, oft übertriebene »Herzlichkeit« des Bullen, der unbedingt Übereinstimmung signalisieren wollte –, ansonsten blieb es uns verschwommen, was er überhaupt und speziell mit uns wollte. Er hatte vermittelt, er hätte das Interesse, etwas gegen die Distanz zwischen uns und »der autonomen Szene« zu tun. Außerdem würde er daran überlegen, ob es für ihn nicht selbst Perspektive sein könnte, in der Guerilla zu kämpfen. Zum ersten konnte er nicht viel erklären. Auf die Diskussion über eine Perspektive von ihm bei uns ließen wir uns nicht ein. Denn darum kann es mit niemandem gehen, den wir nicht genau kennen und verstehen.

Nach diesem Treffen wollten wir aber weitersehen, ihn und seine Vorstellungen in weiteren Treffen kennenlernen.

Beim nächsten Treffen erzählte er, er sei in einer Internationalismusgruppe zur Vorbereitung der Widerstandstage gegen den WWG in München. Nachdem wir Interesse an einer Diskussion darüber zeigten, löste sich das jedoch in Luft auf. Die Begründung dafür war, daß die Gruppe auseinandergegangen sei bzw. dort keine gemeinsamen Diskussionen in Gang gekommen seien.

Auch beim zweiten Treffen wollte er über seine mögliche Perspektive bei uns reden.

Diese beiden Treffen fanden vor dem 10.4.92 statt, und wir haben uns darüber gewundert daß er später vermittelte, unsere Entscheidung sofort gut und richtig zu finden. Darauf angesprochen behauptete er, er hätte schon seit '91 den Gedanken, daß eine »Pause« richtig wäre. Auf die Frage, warum er dann vorher ganz anders diskutiert hätte, antwortete er, er hätte befürchtet, wir würden die Diskussion mit ihm gar nicht erst anfangen, wenn er uns das sagt.

Steinmetz war weder an unserer Reflektion beteiligt noch an Diskussionen hin zu unserem Schritt im April '92. Wir haben ihn nicht als einen gesehen, mit dem wir im Denken eine große Übereinstimmung hätten. Im Gegenteil hat er nach dem 10.4. oft Positionen in die Diskussion eingebracht, die wir gerade in dieser Zeit öffentlich kritisiert haben, weil sie die Diskussion, die wir führen wollten, blockierten. So war er einer derjenigen, der z.B. unsere Grußadresse an alle TeilnehmerInnen der Demonstration und des internationalen Kongresses gegen den WWG in München mit der Aussage: »Es fehlen die konkret greifbaren Bestimmungen für die Zukunft« kritisiert hat. Was wir von dieser Erwartungshaltung an uns halten, die von uns verlangt, daß wir nur Fertiges auf den Tisch legen sollen und ansonsten das Maul halten, haben wir daraufhin im August '92 öffentlich gesagt. Mit ihm war es Anlaß zum Streit, weil er selbstverständlich auch nicht in der Lage war, zu füllen, was er damit meint.

Bei den drei Treffen nach dem 10.4.92 und vor Juni '93 kam es immer zu Widersprüchen zwischen ihm und uns, oder wir mußten »Fehler«, die er gemacht hatte,

mit ihm klären. In solchen Diskussionen nahm er meist das, was wir kritisierten, zurück und begründete alles damit, daß er aus den Bedingungen der Treffen nicht genügend Zeit zum Überlegen hätte und deshalb unüberlegte Sachen sagen würde.

Die Diskussionen mit Steinmetz sind immer an die Grenze gestoßen, daß es mit ihm nicht möglich war, gemeinsame politische Vorstellungen zu entwickeln, aus denen er dann politische Initiativen dort, wo er lebte, angepackt hätte. Immer wieder begründete er, politische Initiativen, die er sich angeblich vorgenommen hätte, seien unmöglich gewesen, weil zu wenige GenossInnen die Verantwortung »für den Prozeß« übernehmen würden.

Je länger wir mit Steinmetz zu tun hatten, desto mehr hatten wir das Bild von ihm, daß er nicht in der Lage ist, sich eigene Gedanken in der Auseinandersetzung zu machen. Daß er auf alles abfährt, wo sich Äußerungen von GenossInnen einigermaßen »klar« und entschieden anhörten. Wir haben das als eine Schwäche von ihm gesehen, etwas, das er verändern müßte, und das auch von ihm verlangt. Wir hatten es ja auch realisiert, daß er überall seine Nase drin hatte und trotzdem nichts eigenes anfang.

Nach dem Treffen im April '93 stand für uns fest, daß wir in den ganzen Diskussionen mit ihm bis dahin nicht zusammengekommen waren. Es gab erste Überlegungen, den Kontakt mit ihm zumindest solange abzubrechen, bis er sich selbst klar darüber wird, was er selbst richtig findet und will. Beim Treffen in Bad Kleinen sollte es noch einmal darum gehen, wie und ob es zwischen ihm und uns weitergehen wird.

### Unsere Fehler in der Auseinandersetzung mit Steinmetz

Die Überlegung, der Fehler von uns, Kontakt mit Steinmetz aufzunehmen, hinge mit einer politischen Öffnung und den damit verbundenen Gefahren zusammen, trifft den realen Hintergrund nicht. Wir haben die Diskussion mit ihm als einem aus der radikalen Linken angefangen. Die spezielle Situation Ende '91-'93, in der wir großes Interesse hatten, so viel wie möglich von den Diskussionen auch der radikalen Linken mitzubekommen, hat sicher zum Teil zu unserem Fehler beigetragen. Steinmetz hat uns da immer viele Informationen gebracht – heute sagen wir, wir haben das konsumiert und sind dabei dem Typen selbst nicht richtig auf den Grund gegangen.

Natürlich war auch der Inhalt der Diskussionen zwischen Steinmetz und uns von der Situation '92 geprägt. Unser Liberalismus in dieser Diskussion geht aber gerade in eine andere Richtung, als viele GenossInnen, die unserem Versuch '92 mißtrauisch gegenüber standen, meinen wollen.

Steinmetz ist uns gegenüber weder als der Protagonist einer neuen politischen Entwicklung noch der Entwicklung in seiner Stadt seit '89 (siehe Wiesbadener Broschüre, Hausbesetzungen etc.) aufgetreten.

Tatsächlich vertrat er inhaltliche Positionen, die '92 in politischen Zusammenhängen, die sich früher auf uns bezogen hatten, als Schlagworte kursierten.

Also Positionen der eher »aufrechten Revolutionäre«, die uns darauf hinwiesen, daß das System aber letzten Endes doch nur bewaffnet umzuwälzen ist, oder die

meinten, daß unsere Drohung gegen den Staat nicht ernstzunehmen sei und allenfalls als moralische Haltung verstanden werden könnte. Er ist da nicht aus dem Rahmen der in Teilen der alten antiimperialistischen oder in Teilen der autonomen Szene kursierenden Diskussionen herausgestochen. Er bezog sich in den Diskussionen auf Zusammenhänge, die – als Ergebnis der Entwicklung des Politikverständnisses aus der Frontzeit – die Frage stellten, ob es nun, da wir die Eskalation in der Konfrontation zurückgenommen hatten, überhaupt noch notwendig sei, sich mit dem, was wir zu sagen haben, auseinanderzusetzen.

Natürlich hat er solche Positionen in jeder Diskussion zurückgenommen. Aber das Problem war, daß wir es wieder und wieder akzeptiert haben, daß wir uns schließlich damit auseinanderzusetzen haben, wenn GenossInnen uns nicht verstehen bzw. immer wieder darauf hinzuweisen, daß wir diese Phase als gemeinsame Anstrengung begreifen und unsere Sachen nicht als etwas Fertiges. Anstatt die Diskussion mit ihm abzubrechen.

Die Behauptung, die »neue Politik« der RAF sei die Ursache für den Fehler gewesen, soll über die Katastrophe hinaus, die der Fehler mit Steinmetz für uns ohnehin schon bedeutete, gleich alles, was wir in den letzten Jahren versucht und gemacht haben, zur Hölle schicken. Wir sagen, daß die Wurzeln für diesen Fehler tiefer liegen als in der Entwicklung, die wir seit '89 gemacht haben. Wir waren mit einer Situation konfrontiert, die auch aus Fehlern der Vergangenheit gekommen war und die wir überwinden mußten. Und darin haben wir Fehler gemacht. Für uns macht das die Sache keinen Deut besser, nur muß es darum gehen, für uns und für andere, daran wirklich etwas begreifen zu können und nicht, diesen Fehler politisch gegen uns auszunutzen. Es ist immer einfacher, zu erkennen, was in der Vergangenheit falsch gemacht worden ist, oder die Mitverantwortung für eine Entwicklung zu erkennen, die von den ursprünglichen Zielen abgewichen ist, als daraus umfassend die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Das trifft auch auf uns zu im Zusammenhang des Endes der Front und den sich daraus notwendig ergebenden Veränderungen. Wir wußten z.B. genau, welche Strukturen wir in den Diskussionen mit GenossInnen nicht mehr wollten. Wie wir schon im August '92 beschrieben haben, hatte die politische Festlegung in der Frontvorstellung darauf, daß die Guerilla und damit die militärische Angriffsfähigkeit im Zentrum der Front stehen muß, direkte Auswirkung auf die Struktur in der Diskussion: die Hierarchisierung der Diskussion, die eine politische Enge und Begrenzung der Diskussion und Praxis zur Folge hatte.

Diese Hierarchisierung drückte sich auch in dem Bewußtsein aus, in dem die Organisation der militanten als »Durchgangsstadium« zur Guerilla begriffen wurde. Das führte zu einem Subjektivismus, der sich vor die Auseinandersetzung um politische Perspektiven schob. Daraus entstand weder eine politische Verankerung der Front noch eine langlebige Organisation. Es war nicht von Anfang an so, und es trifft auch nicht auf alle Militanten aus den Frontzusammenhängen zu. Aber es wurde zur Haupttendenz in der Diskussion.

Es liegt auf der Hand, daß es weder positive Auswirkungen auf die Entwicklung der Politik, auf das Selbstbewußtsein der GenossInnen noch auf ihre Diskussionen mit anderen – auch mit uns – hat, wenn die GenossInnen bei jedem Schritt, den sie tun, denken, das sei politisch eigentlich gar nicht das Wesentliche, das Wesentliche sei der erst noch bevorstehende Sprung zur Guerilla. Nachdem wir das erkannt hatten, war es für uns wesentlich, den Krampf in den Diskussionen zwischen uns und GenossInnen, die Fremdheit, die falsches Anspruchsdenken produzieren muß, zu überwinden. Tatsächlich war aber nicht alles von heute auf morgen anders.

Wir hatten auch nach '89 viele qualende Diskussionen mit GenossInnen, die aus einem Anspruchsdenken heraus sich und uns vormachten, sie ständen kurz vor dem Schritt, hier mit uns zusammen zu kämpfen. Auseinandersetzungen, wo sich von Treffen zu Treffen mühsam herauschälte, daß das gar nicht stimmt. Oder die Erfahrung, daß GenossInnen uns gegenüber nicht aufrichtig waren, ihre Kritik nicht sagten und sich nicht wagten, ihre eigenen Überzeugungen zu sagen, wenn sie Gefahr liefen, damit in Widerspruch zu einer von ihnen uns zugeordneten Meinung zu geraten.

Was Steinmetz betrifft, war es für uns offensichtlich, daß er uns entweder vor oder nach dem 10.4. angelogen hatte. Diese Lügen kamen uns schon fast »normal« vor. Für uns waren das die altbekannten Erscheinungen, die wir aus vergangenen Auseinandersetzungen schon zur Genüge kannten. Mit seinen Lügen sind wir dann so umgegangen, daß wir nichts weiter davon wissen wollten. Zumal wir uns vorher schon gar nicht auf eine Diskussion mit ihm darüber, ob er zur Guerilla kommt, eingelassen hatten. Wir wollten nicht schon wieder so eine Auseinandersetzung.<sup>1</sup>

Auch an einem anderen Punkt haben wir Falsches aus der Vergangenheit einfach umgedreht: Wir haben einen widerlichen Liberalismus in der Diskussion mit ihm entwickelt. Wir haben Widersprüche nie soweit eskaliert, daß sie sich klären mußten. Stattdessen haben wir uns immer wieder von ihm mit seinen verwaschenen Erklärungen abspesen lassen. So blieb immer etwas übrig, was nicht geklärt war, d.h. wir haben ihm das Lavieren einfach gemacht. Unser Verhalten war ein Reflex darauf, daß wir früher Offenheit in den Diskussionen oft selbst blockiert hatten. Denn wir hatten Diskussionen an Widersprüchen oft mit einer Härte geführt, die manchmal mehr auf Niedermachen als auf Klärung herauslief. Das wollten wir so nicht mehr. Aber: Die Negation des Falschen bleibt oft falsch – ihr fehlt die Aufhebung ...

Gedanken darüber, ob Steinmetz schizophoren sei, haben für uns keine Bedeutung. Nach allem, was jetzt offen ist, springt vielmehr seine Dreistigkeit und Hartnäckigkeit ins Auge, mit der er erst über Jahre hinweg das Ziel verfolgte, an uns dran zu kommen und dann dran zu bleiben. Er hat sich mit uns getroffen, obwohl er von dem früheren Verdacht von uns gegen ihn wußte. Das sagt auch etwas über seine Zielstrebigkeit und Eigeninitiative in der ganzen Sache aus.

Es wäre mit Sicherheit ein Fehler, die speziellen Schwächen von Steinmetz – z.B. seine geringe Fähigkeit, sich politisch zu artikulieren – zum Erkennungsmerkmal für Spitzel zu machen. Andere Bullen können andere Schwächen haben.

Kriterium ist nicht, wie gut oder schlecht jemand politische Reden halten kann. Für ein entscheidendes Kriterium halten wir, daß in der politischen Auseinandersetzung eine Ernsthaftigkeit zu spüren ist. Wie ernst es jemandem ist, das, was er/sie formuliert, auch umzusetzen und weiterzuentwickeln, und dafür auch die Verantwortung übernimmt. Alles das, was Inhalt der »politischen Auseinandersetzung« zwischen Steinmetz und uns war, hatte in seinem Handeln nie die geringste Konsequenz. Was wir für Konsequenz bei ihm hielten, nämlich daß er uns bei der Organisation der Diskussion »unterstützte«, sagte in Wirklichkeit nichts über ihn, sondern mehr über uns aus: unsere Fixierung darauf, an jeder Möglichkeit, Informationen über die Diskussion in der Linken zu erhalten, festhalten zu wollen. Daß Steinmetz selbst gar kein Interesse an der Weiterentwicklung der Diskussion hatte, also in dieser Richtung auch nicht initiativ war, hätten wir schnell merken können, wenn wir bewußter darauf geschaut hätten.

Auch daran, daß er »politische Widersprüche« nie von sich aus klären wollte und nur als Reaktion auf unser Nachfragen versuchte, sich aus Widersprüchen herauszulavieren, hätten wir die Unernsthaftigkeit und Identitätslosigkeit erkennen können.

Sicher ist es nichts Neues, wenn wir jetzt sagen, daß in Zusammenhängen, in denen tiefes Vertrauen Voraussetzung ist, den/die andere wirklich zu verstehen, Grundlage sein muß. Widersprüche können weder einfach weggedrückt, unterdrückt noch ignoriert werden. Wirklich vertrauensvolle Beziehungen können niemals durch die Verständigung über oder gegen andere entstehen, nicht über Abgrenzungen, sondern immer nur daraus, was GenossInnen sich zu sagen haben über ihre politischen und praktischen Vorstellungen, über ihr Leben und ihre Träume.

Auch aus diesen Gründen sind die Spaltungseuphorien der letzten Zeit unsere Sache nicht. Wo an die Stelle der Auseinandersetzung Ausgrenzung gesetzt wird, ist größte Oberflächlichkeit einfach. Das ist ein Einfallstor für Staatsschutzpropaganda und Spitzel.

»An jedem Punkt, wo Leute sich zu linker Arbeit zusammenfinden, ist eine Verantwortlichkeit einzufordern, die über die Erfordernisse des jeweiligen Gruppenrahmens hinausgeht ...« (Broschüre der Recherchengruppe Wiesbaden). Es ist die Aufgabe aller, denen es ernst ist, den »machtbesoffenen Herrschenden« die Weichenstellung für die Entwicklung hier und weltweit aus den Händen zu reißen, eine Organisation zu schaffen, in der über konkrete, kurzfristige Ziele und Mobilisierungen hinaus eine gemeinsame langfristige Perspektive und daraus verbindliche Strukturen und umfassende Verantwortung selbstverständlich sind.

Verbindlichkeit und umfassende Verantwortung sind nicht alleine Fragen der Moral und nicht nur die Frage nach grundsätzlicher solidarischer Haltung, sondern die Frage nach dem politischen Bewußtsein. Es stellt sich die Frage nach der Fähigkeit und dem Willen der Linken zu einer Organisation, die das Terrain der verschiedenen getrennten Bereiche, der Kleinstgruppen und spontaneistischen Zusammenschlüsse hinter sich lassen kann.

### Zäsur und »Verknüpfung«

Die Zäsur, die wir im April '92 einleiteten, war unabhängig von der Situation der politischen Gefangenen notwendig, und so auch von uns bestimmt. Wir hätten die Eskalation in der Konfrontation mit dem Staat damals auch dann zurückgenommen, wenn es keine politischen Gefangenen, geschweige denn Kinkel- oder sonstige KGT-Initiativen gegeben hätte. Unser Versuch von '89 bis '92 war an Grenzen gestoßen. In dieser Phase lag es uns fern, in der Zeit der Depression der Linken, dem Siegestaumel der Herrschenden, der staatlichen Rassismuskampagnen, den rassistischen und faschistischen Eskalationen auf den Straßen, dem Golf-Krieg u.v.a. den bewaffneten Kampf zurückzunehmen.

Deshalb wurde aus dieser Phase von uns aus der Versuch einer (ungewollt heimlichen) Überleitung zu neuen Bestimmungen und politischen Beziehungen.

Unter dem Eindruck der sich global zuspitzenden katastrophischen Entwicklung und der »neuen Weltordnung« waren wir darauf aus, zur Reflektion unserer Erfahrungen, zur Neubestimmung und zur Verstärkung des bewaffneten Kampfes zu kommen. Wir hielten es für notwendig, alles auf einmal zu schaffen: Immerhin war es nicht nur eine Zeit der weltweiten Umbrüche, sondern objektiv war aus der Frontentwicklung keine gemeinsame relevante Kraft existent und ihre Konzeption hinfällig.

'92 haben wir erkannt, daß es notwendig ist, für die Neubestimmung die Eskalation in der Konfrontation zurückzunehmen. Also von uns aus eine offene Situation zur Linken hin herzustellen. Niemand von uns hat '92 gedacht, daß wir einfach so weitermachen könnten wie die Jahre zuvor.

Heute sagen wir, daß die Zäsur viel früher richtig und notwendig gewesen wäre. Grundsätzlich halten wir es für notwendig, daß eine revolutionäre Organisation immer wieder in der Lage sein muß, Überprüfungen durchzuführen und daraus Konsequenzen für zukünftiges Handeln abzuleiten. Das gilt vor allem dann, wenn eine Kampfphase, aus welchen Gründen auch immer, zu Ende ist. Sicher ist dafür ein politisches Bewußtsein notwendig, in dem ein revolutionäres Verhältnis zu Kritik und Selbstkritik selbstverständlich ist.

Das heißt natürlich nicht, daß es dabei jedesmal um einen so grundlegenden Einschnitt gehen muß, wie wir ihn im April '92 gemacht haben.

Wir denken, daß der Fehler, das zu unterlassen, uns '89 nicht das erste Mal unterlaufen ist.

Nach unserem Brief vom 2.11. und Helmut Pohls Brief (taz, 27.8.93) haben viele es so verstanden, als hätten die Gefangenen von uns seit '89 die Zäsur gefordert und wir hätten uns bis April '92 dagegen gesperrt. Das stimmt so nicht. Hier liegt ganz sicher nicht der Schlüssel für die Spaltung. Unser Prozeß hin zur Zäsur war einfach ein anderer als ihrer, und im April '92 sah es für uns erstmal so aus, als hätten sich diese beiden Entwicklungen getroffen. Heute ist offensichtlich, daß die politischen Vorstellungen von uns und einem Teil der Gefangenen aus der RAF weit auseinanderlagen.

Natürlich ist es uns immer darum gegangen, das, was von den Überlegungen der Gefangenen veröffentlicht wurde, in unsere Diskussionen miteinzubeziehen. Dabei haben wir viel zu viel an Übereinstimmung hineininterpretiert. Auch wenn es inhaltliche Kritik an einzelnen Punkten unserer Erklärungen zwischen '89 und '91 gab, so sind uns trotzdem keine Äußerungen der Gefangenen, die sich von uns abgespalten haben, aus dieser Zeit bekannt, aus denen wir hätten schließen können, daß sie Aktionen von uns ablehnten. So finden wir es treffender zu sagen »das (mit dem Einschnitt und Gesamtlösung) war damals alles nur angedacht« (Helmut Pohl, Angehörigen-Info 132), als jetzt den Eindruck zu vermitteln, die Gefangenen hätten es damals schon klar gehabt, daß es in dieser Zeit keine Aktionen von uns hätte geben sollen, wie es Eva Haule in ihrer Prozeßerklärung vom 4.11.93 sagt; wenn sie sich einen Fehler in den letzten Jahren vorzuwerfen hätten, sei es der gewesen, uns nicht öffentlich aufzufordern, »ihren vom politischen Prozeß losgelösten Aktionismus sein zu lassen ...« Im Gegensatz dazu schrieb sie noch im April '92: »Es war in einer Zeit der politischen Erdbeben seit Ende '89 richtig, die Kontinuität zu halten gegen die Unterwerfungstendenzen und das Getöse vom ›Tod des Kommunismus‹. Das haben wir auch in den Knästen so gesehen, nachdem unser Versuch im Streik '89 plattgemacht worden war« (Sandkörner, S. 41).

Wenn sie heute also betonen, daß sie unsere Aktionen ab '89 als entpolitisiert ansehen, dann liegt der Gedanke nahe, daß dieser Teil der Gefangenen unsere Aktionen hauptsächlich auf die Wirkung für ihre eigene Situation bezogen haben: der Walze von Staat und Kapital etwas entgegenzusetzen. Darüber hinaus scheint es keine Auseinandersetzung darum, was wir mit den Aktionen politisch entwickeln wollten, bei ihnen gegeben zu haben. Darin waren die Widersprüche der letzten Jahre zwischen ihnen und uns schon angelegt. Ein Teil des Schlüssels liegt eher hier.

### Zur »Verknüpfung«

Alles, was wir jetzt zu unseren Einschätzungen dieser Zeit sagen, ist natürlich nur auf dem Hintergrund zu verstehen, daß wir nicht wußten, daß wir seit Ende '91 Kontakt mit einem Bullen hatten.

Wenn wir uns die ganze Entwicklung heute ansehen, halten wir es für schlüssig, daß die Information über diesen Kontakt erst nach der »Kinkel-Initiative« Anfang '92 auf der politischen Ebene angekommen ist. Sonst hätten sie es nicht nötig gehabt, die Gefangenenfrage, die Existenz von haftunfähigen Gefangenen und der Sonderhaftbedingungen in der Öffentlichkeit zu thematisieren. Die Vorläufer der K-I liegen in den Jahren nach '89, wie es z.B. in sämtlichen VS-Lochte-Interviews in der taz seit '89 zu verfolgen war.

Sowohl wir als auch die Gefangenen stellten fest, daß unter anderem durch die Mobilisierung zum Hungerstreik '89 und unsere Angriffe bis '91 vor allem auf Seiten des Kapitals die Ansicht entstand, die Anti-Guerilla-Politik ändern zu müssen. Sie wollten unbedingt unser Ende. Das hatten sie 23 Jahre mit ihren Fahndungskonzepten nicht erreicht. Es ist keine Erkenntnis erst seit es die KGT gibt, daß dem Staat

verschiedene Konzepte zur Zerschlagung von Widerstand und Guerilla zur Anwendung bringt, und das Ziel trotzdem immer das gleiche bleibt, nämlich die Zerschlagung. Die Einschätzung, daß das uns und der Linken dennoch die Möglichkeit gibt, diese Situation zu nutzen und für unsere Seite umdrehen zu können, war logisch und richtig. Es war ein Aspekt, der sich aus 23 Jahren Konfrontation Befreiung/Kapital ergab. Wir alle sind davon ausgegangen: »... der Staat war es, der aufgrund unserer Politik im Streik '89 und der letzten Operationen der Guerilla zur Einsicht zu kommen gezwungen war, daß perspektivisch weder eine militärische Lösung gegen die Gefangenen noch gegen die Guerilla zu erreichen ist. Nach dem Scheitern ihrer Hetzkampagne gegen uns im letzten Jahr traf die KGT, nicht zuletzt auf Druck des Kapitals, die Entscheidung, so geht es nicht mehr weiter. >Wir müssen nach anderen Wegen der Entsolidarisierung, Spaltung und Vernichtung suchen« (Rolf Heißler, Clockwork, 31.7.92).<sup>2</sup>

Sowohl die Gefangenen als auch wir hatten die Einschätzung, daß unser Zäsur-schritt, der mit oder ohne die »Kinkelinitiative« notwendig war, für den Kampf um die Freiheit genutzt werden kann. Für alle war diese Möglichkeit mit der Zäsur verknüpft! Die Behauptung des Gegenteils entspricht nicht der Realität, und es gibt x-Äußerungen der Gefangenen, die das deutlich machen: »Was ist also wichtiger: In der Phase des Übergangs die »bewaffnete Position« praktisch in Aktionen zu »halten« oder sie in dieser Phase zurückzustellen und so auch der Frage der Gefangenen einen Weg freizukämpfen für unser Leben und unsere unmittelbare Teilnahme am politischen Prozeß. Wir haben uns für das Zweite entschieden.«

»Es ist also die Frage, wie wir uns entscheiden – konkret wir, die Gefangenen und die RAF, um an einer konkreten Frage und Auseinandersetzung eine produktive Lösung durchzusetzen und dafür den Raum zu öffnen« (beides Eva Haule, Sandkörner-Reader zum WWG '92, S. 40/41, 25.4.92). Darin liegen also nicht die Widersprüche, sondern – an dieser Frage – darin, ob auch wir das öffentlich vertreten, so wie wir es in der April-Erklärung mit den Forderungen und vor allem unserer Drohung gemacht haben.

Wieso hätten wir nicht die Wirkung unserer Angriffe bis '91 als ein Gewicht in die Auseinandersetzung für die Freiheit der Gefangenen einbringen sollen – auch wenn wir die Wirkung unserer Aktionen als begrenzt und nicht dementsprechend, was für den revolutionären Prozeß notwendig gewesen wäre, eingeschätzt haben.

Es zu lassen, hätte die Möglichkeit der Situation verkannt (ausgehend davon, daß der Spitzel Steinmetz nicht enttarnt war) und wäre unserer Meinung nach Ausdruck einer »höheren« Abstraktion der Politik gewesen, mit der nichts zu erkämpfen ist.

DIESE VERKNÜPFUNG HAT NICHTS MIT DER VERKNÜPFUNG DER SITUATION DER POLITISCHEN GEFANGENEN MIT DER EXISTENZ DES BEWAFFNETEN KAMPFES ZU TUN!

Falls es in den Diskussionen weiterhin um die »Verknüpfung« gehen soll, dann muß dieser Begriff endlich mal entschleiert werden, ansonsten bleibt er nur polemisches Schlagwort gegen uns und nichts wird geklärt und begriffen.

Wir haben im Gegenteil immer deutlich gemacht, daß die Konzeption und die Form, mit der wir weiterkämpfen, von der Diskussion um Neubestimmung abhängig ist und natürlich von den Konsequenzen, die wir aus unseren bisherigen Erfahrungen für notwendig halten.

Als nach unserer April-Erklärung viele GenossInnen fragten, ob unsere Drohung bedeuten würde, daß wir, wenn der Staat nicht zurückweicht, zum Alten zurückkehren würden, haben wir diese Frage mit »Nein« beantwortet. Unsere Aktion in Weiterstadt hat das gezeigt, daß wir es dem Staat nicht »in die Hände legen«, was wir machen und wie wir es machen. Auch in ihrer politischen Bedeutung war die Aktion nicht auf »Vergeltung« reduziert, sondern enthielt ganz konkret eine Richtung, um die es überhaupt gehen muß: im Kampf die Verbindung herstellen zu all denen, die innerhalb und außerhalb der Knäste um Menschenwürde kämpfen.

Wir haben die Existenz des bewaffneten Kampfes weder im April '92 noch im August '92 noch in sonstigen Texten mit der Folter an den politischen Gefangenen begründet, also verknüpft. (Obwohl natürlich die Tatsache der Folter in den Knästen viel über das Wesen des Systems aussagt und deswegen ein Punkt sein kann, an dem sich jemand dafür entscheidet, dieses System als ganzes zu bekämpfen.)

Wir fanden auch die Verknüpfung in umgekehrter Weise nicht richtig: »... wenn gleichzeitig Angriffe der Guerilla laufen, wird hier keine Mobilisierung für die Freiheit der Gefangenen Fuß fassen können« (Brigitte Mohnhaupt, Angehörigen-Info 114). In diesem Text ist nicht nur der Geiselstatus gegen die Gefangenen als nicht wegzukämpfen festgeschrieben, sondern gleich die ganze mögliche Mobilisierung für die Freiheit zur Geisel des Staates gegen eine Guerilla gemacht.

### Gesamtlösung

Absolut unabhängig vom Kampf für die Freiheit der politischen Gefangenen stellten wir mit der Zäsur die bisherige Bestimmung und Konzeption des bewaffneten Kampfes der RAF in Frage. Nur in diesem Zusammenhang sind die Gedanken um Gesamtlösung zu verstehen. Auch wenn heute niemand über Gesamtlösung nachdenken braucht, weil das unrealistisch ist, sagen wir etwas dazu. Die Gefangenen, die sich von uns getrennt haben, stellen den Begriff »Gesamtlösung, die Illegalen inbegriffen« in ihrem Brief vom 28.10.93 fälschlicherweise in einen Zusammenhang mit der Initiative der Gefangenen in Celle. Dieser Begriff stammt mit Sicherheit nicht aus den Gesprächen der Celler Gefangenen mit Ströbele, sondern betrifft Gedanken, die im Oktober '93 schon älter als ein Jahr und nicht aktuell waren.

Transformation der RAF, Aufhebung der RAF – das sind Begriffe, die nicht für Aufgabe und »Abwicklung« des bewaffneten Kampfes und der Politik der RAF stehen. Sondern sie stehen für die Vorstellung, daß die Erfahrungen und Fähigkeiten, die aus der 23jährigen Geschichte gezogen werden können, in eine Neuformierung revolutionärer Politik eingehen werden. Wesentliche Voraussetzung dafür ist, daß der Prozeß der Neubestimmung, Diskussion um gemeinsame politische Grundlagen tatsächlich als Gemeinsamer begriffen und entwickelt wird. Also so auch stattfindet.

Mit unserem Einschnitt '92 ging es uns nicht um eine »Pause«, nach der wir mit neuen Bestimmungen in alter Form zurückkehren würden. Wir haben mit diesem Einschnitt immer die Vorstellung verbunden, einen Prozeß in Gang zu setzen, aus dem eine Konzeption und Organisation entwickelt werden kann, die stärker ist als das, wie der Widerstand – die RAF inbegriffen – die ganzen letzten Jahre vor '92 gewesen ist. Und die den Erfordernissen der heutigen Situation und Entwicklung entspricht. »... aber heute kann die bewaffnete Aktion hier diese strategische Funktion nicht mehr haben, gar nicht mehr erreichen, weil es die strategische Gesamtkonzeption nicht mehr gibt. Sie trifft die veränderte Wirklichkeit nicht mehr. Die Auseinandersetzungen sind so viele geworden, die alle gleichzeitig nach Lösungen verlangen, daß die »zentrale Perspektive«, wie sie historisch entwickelt war, die neu entstandenen Bedingungen nicht mehr erfassen kann ...« (Brigitte Mohnhaupt, Angehörigen-Info 114).

Daß wir die sich aus diesen Veränderungen ergebenden Fragen nicht darüber auflösen können, indem wir »die bewaffnete Aktion« einfach von uns aus immer mehr auf konkrete Auseinandersetzungen beziehen, haben wir in den Jahren '89–'91 erfahren. Dazwischen fehlt der politische Prozeß, der aus dem Innern dieser Auseinandersetzungen kommen müßte. Die Antwort darauf, daß die Auseinandersetzungen so zahlreich und viele geworden sind, die alle gleichzeitig nach Lösungen verlangen, kann zukünftig nicht heißen, daß die Guerilla im Hintergrund steht und wartet, bis aus der Vielzahl der Auseinandersetzungen die bewaffnete Aktion gebraucht wird, die Guerilla also sozusagen eine Feuerwehr-Politik macht. Denn das würde eine Trennung der politischen Prozesse und der bewaffneten Intervention herstellen, die falsch ist. Deshalb sehen wir die Zukunft viel mehr darin, daß die Fähigkeit, bewaffnet zu intervenieren, aus dem Innern der verschiedenen Kämpfe entwickelt, bestimmt und organisiert wird. Ob das möglich sein wird und wie es genau aussehen wird, wissen wir heute nicht. Bisher fehlen dafür fast alle Voraussetzungen, auch z.B. die verbindliche und gemeinsame Diskussion. Und natürlich gilt für diese Überlegungen das, was immer gilt: die Realität wird es zeigen. Ob es möglich ist, oder ob der tatsächliche Weg dann doch ganz anders verläuft. Nur auf dem Hintergrund solcher Überlegungen ist es überhaupt möglich, Gedanken um Gesamtlösung, »die Illegalen inbegriffen« als etwas anderes als unsere »Sehnsucht nach der Rückkehr heim ins Reich« zu begreifen.

Alle, die Gefangenen und wir, hatten zu unserem Schritt im April '92 gesagt, daß er von uns aus die Verschiebung des Gewichts in der Auseinandersetzung auf einen politischen Prozeß, Diskussion und frische Luft ... bedeutet, aus dem die Neubestimmung überhaupt erst möglich wird. Die RAF hat die Illegalität als Offensivposition der revolutionären Linken bestimmt. Mit dem Einschnitt vom April '92 war diese Bestimmung für die Zeit des Übergangs aufgehoben. Niemand von uns wußte, wie lange der Prozeß der Neubestimmung dauern würde (und auch nicht das Ergebnis). Wir haben den Platz in der Illegalität in dieser Zeit nicht als den produktivsten und offensivsten gesehen.

Es gab also Gedanken an eine Gesamtlösung nach April '92. Aber uns war klar, daß das nur erkämpft werden könnte. Es kam nicht dazu, daß wir uns genauer über Schritte, wie das durchgesetzt werden kann, auseinandergesetzt haben. Das wäre in der damaligen Situation nur vermessen gewesen: Mitte '92 hatte der Staat gegenüber jeder positiven Entwicklung in bezug auf die Situation der Gefangenen vollkommen dicht gemacht. Es ist Staatsziel, jeden Funken der Erfahrung und Erinnerung an die 23jährige Geschichte des Widerstands auszulöschen. Das heißt auf die Gefangenen bezogen, auf alle Fälle zu verhindern, daß sie sich mit dem Bewußtsein aus dieser Geschichte in die anstehenden Diskussionen gemeinsam hätten einbringen können. Das stand der Freiheit entgegen, und es gab BKA-Berichte, die die Zusammenlegung der Gefangenen als zu große politische Gefahr ablehnten, weil sie dadurch in die Lage kommen könnten, aus gemeinsamer Diskussion in Auseinandersetzungen um aktuelle Fragen, die sich aus der zugespitzten gesellschaftlichen Situation in der BRD sowie der neuen Rolle der BRD im Internationalen ergeben, Stellung zu beziehen. Es gab keine Mobilisierung der Linken, die die Kraft entwickelt hätte, diesen Beton zu durchbrechen. Stattdessen konnte der Staat den Angriff gegen die Gefangenen wieder eskalieren, ohne daß ihm die eigenen Ziele und die Wut einer Mobilisierung für Freiheit entgegenschlug. Was das für Gedanken an Gesamtlösung bedeutete, liegt auf der Hand.

Wir haben uns in allen Texten der letzten Jahre bemüht, für alle auf unserer Seite so deutlich wie möglich faßbar zu machen, worum es uns ging: darum, zu einem umfassenden neuen Aufbruch zu kommen. Die GenossInnen, die uns und den Gefangenen vorwerfen, daß wir Gedanken zur Gesamtlösung nicht offen thematisiert haben, müssen vergessen haben, daß wir auch nach dem 10.4. in einem Konfrontationsverhältnis zum Staat stehen. Sollten wir dem Staat etwa diese Gedanken zum Geschenk präsentieren, in einer Situation, in der er an allen Ecken und Enden die Widerstandsbekämpfung verschärfte?

In dieser Kritik ist kein Begriff der realen Konfrontation mehr enthalten.

### Zur Erklärung vom April '92

Unsere April-Erklärung ließ die abwegigsten Interpretationen zu. Damit war sie politisch sehr schwach. Sie hat die Mutmaßungen ermöglicht, wir würden auf »den Staat hoffen«. Es war ein Fehler, Kinkel auch nur zu erwähnen. Natürlich haben wir nicht gedacht, der Staat wäre gerade drauf und dran, bspw. seine neue angestrebte Entwicklung zur direkten Teilnahme an den Kriegen gegen die Völker im Süden und Osten umzudrehen oder seine rassistische Politik in Frage zu stellen.

Im Gegenteil war die Zuspitzung der katastrophalen Entwicklung national und international von ihrer Seite aus längst festgelegt. Für uns ging es vielmehr um die Frage, an welchen Punkten und wie sie von unserer Seite aus zurückgedrängt werden können.

Die Erklärung war also viel zu ungenau. Entsprechend haben wir das im Juni '92 und den folgenden Erklärungen wieder und wieder korrigiert. Unser Problem war

dann nicht mehr die April-Erklärung, sondern daß alles Erklären viele GenossInnen nicht erreicht hat.

Es ist eine Mode der »Szene« geworden, diese Kritik an der RAF zu haben, egal was wir tatsächlich sagen und machen. Bis heute werden diese »Thesen« zu »unserer Hoffnung« verbreitet. Wir hatten keine Hoffnung auf den Staat, wir hatten eine Hoffnung auf eine kämpferische Linke, die aus der Stagnation herausbricht. Was unser Verhältnis zum Staat betrifft, haben wir darauf gesetzt, daß wir mit unserer Drohung einen Hebel in der Hand haben, um mit vielen anderen zusammen die Freiheit gegen den staatlichen Vernichtungswillen durchsetzen zu können. Deshalb haben wir die Aktion in Weiterstadt gemacht, um neuen Druck herzustellen, auch indem wir andere mobilisieren. Damit verbunden war die Hoffnung, daß das die lähmenden Diskussionen durchbricht, die im Jahr '92 um die Kinkel-Frage kreisten. Wir hielten es auch nicht für sinnvoll, die ständigen Vorwürfe zu dementieren, z.B. wir seien dafür verantwortlich, daß viele meinten, sie müßten nur noch zuschauen, welche Fraktion im Staat sich durchsetzt, und nur darauf hoffen, daß Gefangene freigelassen würden. Die Aktion in Weiterstadt sollte auch diese Haltung durchbrechen und die Frage an uns, ob wir nun kämpfen oder zuschauen meinen – definitiv beantworten.

Wir hatten im April '92 eine Fehleinschätzung, was die Möglichkeit einer schnellen und starken Mobilisierung für die Freiheit der Gefangenen betrifft. Davor hatten wir mitbekommen, daß viele, die während des Hungerstreiks für die Zusammenlegung und die gemeinsame Diskussion mit den Gefangenen gekämpft hatten, die Forderung nach Freiheit zwar richtig fanden, allerdings keine reale Chance zu ihrer Durchsetzung gesehen haben: »Wir konnten '89 die Zusammenlegung nicht durchsetzen – wie sollen wir jetzt die Freiheit erkämpfen?« Wir sind davon ausgegangen, wenn eine Situation hergestellt ist, in der die Möglichkeit zur Durchsetzung aufscheint, sehr viele sehr schnell und mit großer Kraft diese Chance aufgreifen würden. Das war unsere Einschätzung der Situation im April '92.

Warum das so nicht gelaufen ist und es nur wenige geblieben sind, müßten andere GenossInnen besser beantworten können als wir.

Wir sehen als einen weiteren Fehler bei uns, daß wir in der April-Erklärung zwei Stränge, die unterschiedliches Gewicht hatten, vermischt haben – so daß die Klarheit beider Stränge verwischt worden ist: Unser Einschnitt, der in unserer Geschichte bisher einmalig war; die Frage nach der gemeinsamen Diskussion um Neubestimmung, woraus wir grundlegende Fragen für die Zukunft emanzipatorischer Kämpfe klären wollten, und auf der anderen Seite der Kampf um die Freiheit der Gefangenen.

Unbestritten ist, daß beides einen Zusammenhang hatte. Nicht nur deshalb, weil die Zäsur den Raum für die Freiheit aufmachen konnte, sondern auch, weil wir es natürlich erkämpfen wollten, daß die Gefangenen tatsächlich an der Diskussion um Neubestimmung Teil sein können und das nicht in den Knästen, sondern draußen. Trotzdem sind es zwei unterschiedliche Stränge: Der Kampf um die Freiheit der politischen Gefangenen ist eine Selbstverständlichkeit für alle, die für eine herrschaftsfreie Welt kämpfen. Er ist unabhängig von einer Neubestimmung immer notwendig.

Das betrifft ein grundsätzliches Verhältnis der Fundamentalopposition gegenüber dem kapitalistischen System. Niemals kann eine radikale Linke die Folter, und daß GenossInnen im Knast weggesperrt werden, akzeptieren, auch unabhängig davon, welche politischen Positionen die Gefangenen innerhalb einer Neubestimmung einnehmen werden. Und das ist ja heute offensichtlich, daß es dabei keine einheitliche Vorstellung bei den Gefangenen gibt.

Die Diskussion um Neubestimmung ist eine andere Anstrengung, bei der mit großer Sorgfalt alle gemachten Erfahrungen überprüft werden müssen und die gesellschaftliche Situation hier sowie die internationalen Entwicklungen miteinbezogen werden müssen, um eine aus den veränderten Bedingungen bestimmte revolutionäre Perspektive entwickeln zu können. In so einem Prozeß, der damals wie heute ansteht, müssen selbstverständlich auch praktische Schritte und Initiativen entwickelt werden. Wir denken, der Kampf um die Freiheit der politischen Gefangenen, kann nur innerhalb dieses Prozesses neu verankert werden.

Der Gedanke, daß es eine Überforderung der linken und fortschrittlichen Kräfte war, gleichzeitig den Kampf für die Freiheit zu forcieren und die Diskussion um Neubestimmung anzufangen, klärt das Problem nicht auf. Sicher war es eine widersprüchliche Situation. '92 ist ja niemand von einer starken existierenden linken Kraft ausgegangen. Im Gegenteil ging es für viele darum, einen ganzen Berg Fragen zu bewältigen, die sich aus den Erfahrungen, an Grenzen gestoßen zu sein, ergaben. Es wird niemals eine Situation geben, in der von den äußeren Bedingungen her eine Situation der »Pause« besteht, in der alle mehr Luft haben. Objektiv gesehen war es in den letzten 25 Jahren nie so, daß die Entwicklungen des Imperialismus den Menschen Zeit gegeben hätten. Wir können es uns also nicht aussuchen. Und wir sehen es nach wie vor als größte Notwendigkeit an, die Situation des »hohen Grades an Unorganisiertheit der radikalen Linken, der fehlenden gemeinsamen Diskussionsgrundlagen ...« aufzuheben. Wir hätten es falsch gefunden, das oder Kämpfe für konkrete Forderungen aufzuschieben.

Die anhaltende Schwäche in dieser Zeit war auch vom wenig solidarischen Verhalten der Gefangenen untereinander und einiger Gefangener zu uns seit April '92 mitbestimmt. Die Gefangenenengruppe war nicht in der Lage, als solidarischer Kern die Auseinandersetzung mitzubestimmen. Wenn das auch zum großen Teil Ergebnis der Isolation untereinander und der Unmöglichkeit, gemeinsame Diskussionen zu führen, war, ändert es nichts daran, daß das dem Staat einfach machte, seine Spaltungsstrategie auszubauen. Berechtigterweise hat das im Staatsapparat alle Hoffnungen genähert, daß er hier mit überhaupt keiner mobilisierenden Kraft mehr konfrontiert ist, sondern mit einem Zusammenhang, dessen Zerfallsprozeß zur vollsten Blüte heranreift.

Wesentlich dafür, daß unsere Drohung gegen den Staat nicht zur Wirkung kam, war unser Kontakt zu dem Bullen Steinmetz. Das, was wir in Hinsicht auf Druck gegen Staat und Kapital bis '91 erreicht hatten, war durch unseren Kontakt mit ihm zu

100 % neutralisiert. Eva Haule sagte im Prozeß (4.11.93), im August sei eine offene Situation gewesen, weswegen ihre Anwälte bei Schnarrenberger waren. Damals haben wir das auch so gesehen. Heute wissen wir, die Situation bezüglich der Freiheit für die politischen Gefangenen war keineswegs mehr offen. Sie hatten sich längst dafür entschieden, daß kein Gefangener aus der RAF mehr rauskommt. Sie hatten bereits darauf gesetzt, uns nach 23 Jahren endgültig zerschlagen zu können. Mit Steinmetz sahen sie sich nicht im geringsten dazu gezwungen, zurückweichen zu müssen. So etwas verändert komplett ihr Vorgehen, es sei denn, es gibt so starke linke und gesellschaftliche Gegenkräfte, daß sie trotzdem zurückgekämpft werden können. Das war nicht der Fall.

Ein Mittel wie unsere Drohung kann nur dann (mit vielen anderen Initiativen zusammen) dazu beitragen, einen Sieg gegen den Staat an einem Punkt der Auseinandersetzung zu erreichen, wenn sie keine Aussicht darauf haben, uns demnächst militärisch zerschlagen zu können. Also wäre eine Voraussetzung '92/'93 gewesen, keinen Steinmetz an uns dran zu haben. Ohne ihn wäre die Drohung ein Mittel gewesen, den Geiselstatus der Gefangenen zurückzukämpfen. Die Kritik, daß ausgerechnet eine solche Drohung den Geiselstatus »festklopft«, ist ebenso abstrakt wie falsch.

### Zu den Gesprächen mit Ströbele

Diese Gespräche haben dadurch, daß sie öffentlich zum Anlaß der Spaltung, die einige Gefangene zu uns schon lange vollzogen hatten, genommen wurden und durch die ganzen Unterstellungen, ein absolut unangemessenes Gewicht bekommen. Den einzig für uns nachvollziehbaren Grund für die Empörung bei einem Teil der Gefangenen sehen wir darin, daß die Initiative nicht von vornherein mit allen Gefangenen diskutiert worden ist. Darin sehen wir heute einen Fehler. Dieser Fehler hat seinen Anfang nicht mit den Gesprächen von Karl-Heinz Dellwo mit Ströbele, sondern ist Ausdruck des Zustands im politischen Zusammenhang Gefangene aus der RAF/RAF und ist eine Konsequenz daraus.

Sicher war es die falsche Konsequenz, und wir sehen die Parallele zu unserem Vorgehen seit April '92: Wir haben an unseren Vorstellungen festgehalten in der Überzeugung, daß wir auf dem richtigen Weg sind, der für alle zum Ziel führen würde, und gehofft, daß sich in diesem Prozeß die Widersprüche untereinander auflösen würden. Wir haben diese Widersprüche erst im Laufe der letzten zwei Jahre als so tiefgreifend erfaßt, wie sie wirklich sind.

Der Prozeß, den wir mit dem April-Schritt eröffnet hatten, hatte für den gesamten politischen Zusammenhang Gefangene/RAF große Bedeutung – zu große, um in diesem Prozeß jahrealte, nicht aufgeklärte Widersprüche mitschleppen zu können. Was wir erreichen wollten, hätte eine große Übereinstimmung und Offenheit zueinander erfordert, die über die allgemeine Übereinstimmung, eine Zäsur für notwendig zu halten, hinaus geht. Statt an einem Strang ziehen zu können, haben wir in den Widersprüchen gehandelt. Auch unser Text vom August '92, mit dem wir anfangen wollten, öffentlich darüber zu reden, was wir im April mit »Fehler gemacht« mein-

ten, war ein Kompromiß. Wir wollten das anfangen für eine Auseinandersetzung mit allen, für die diese Fragen wichtig sind, weil sie an der Zukunft der Kämpfe überlegen und weil wir Weiterentwicklungen und keine Wiederholungen wollen. Aber wir wußten, daß einige Gefangene diese Selbstkritik nicht als ihre sahen.

Wir wollten es ermöglichen, daß sie ihren Teil, eventuell auch widersprüchlich zu uns, selbst dazu beitragen. Wir wollten keine Vorwegnahme. Deshalb haben wir gesagt: Wir können über die Zeit vor '84 nicht reden. Was nicht dazu führte, daß die Gefangenen sich einschalteten. Stattdessen führte es zu den unnötigen Diskussionen: Wieso könnt ihr zu dieser Zeit nichts sagen? Natürlich hätten das alle, die '92 in der RAF waren, sagen können, wie sie die Geschichte sehen, die nicht erst '84 angefangen hatte.

Und natürlich ist es ein Ding der Unmöglichkeit, die 80er Jahre zu reflektieren, ohne die konzeptionelle Grundlage, also das Mai-Papier, miteinzubeziehen.

Wir können zum Inhalt der Initiative der Celler Gefangenen nicht mehr sagen, als das, was Karl-Heinz Dellwo in der taz am 1.11.93 und Birgit Hogefeld im Angehörigen-Info vom 16.11.93 schon dazu gesagt haben. Da gibt es für uns nichts »zuzugeben«. Wir haben gesagt, sie stand zu unseren Vorstellungen nicht im Widerspruch, weil es unserem Interesse entsprach, Druck auf der Gegenseite zu erzeugen. Und es gab (vorausgesetzt, es hätte Steinmetz nicht gegeben) seit August '92 keinen besseren Zeitpunkt für so eine Initiative als nach Weiterstadt. Wir hätten uns tausende Initiativen gewünscht, die Druck auf Staat und Kapital erzeugen.

Weder ging es in den Gesprächen um irgendwelche Gesamtlösungen im Zusammenhang mit uns, noch ging es um Verhandlungen oder sonstige »Fahrpläne«. Uns ist es immer noch nicht begreiflich, wie GenossInnen dazu kommen können, solche Sachen zu erfinden.

Wir teilen zwar nicht die Haltung eines Teils der Metropolenlinken gegenüber Verhandlungen, jedoch wäre es aufgrund des Kräfteverhältnisses Linke/Staat unrealistisch gewesen, daß so etwas zustande kommt.

Verhandlungen für selbstbestimmte Ziele einer revolutionären Linken können nur erkämpft werden!

Und da die Gefangenen, die radikale Linke und die RAF in den vergangenen Jahren weit weg von einer erforderlichen Stärke hierfür gewesen sind und unsere gefangenen Genossen in Celle das mit Sicherheit nicht anders gesehen haben, ist es nur eine denunziatorische Behauptung, es wäre mit Ströbele oder sonstwem um Verhandlungen gegangen.

### Soziale Gegenmacht

Was wir brauchen, ist eine »... offene, solidarische und kritische Auseinandersetzung – und das ganz besonders in einer Zeit wie heute, wo es so viele Fragen und Probleme von gesellschaftlicher Relevanz gibt –, um voneinander zu lernen, Wege zu finden! ...« (Norbert Hofmeier, Gefangener aus dem Widerstand)

Wir finden es sehr schwer, die politischen Widersprüche, die zur Abspaltung eines Teils der Gefangenen von uns geführt haben, wirklich tiefgehend zu erfassen. Aus ein paar abgrenzenden Schlagwörtern wie »entpolitisiert« und »Ganz in die Anpassung« oder Denunziationen ist nichts zu ziehen. Die Abgrenzung eines Teils der Gefangenen gegenüber dem, was wir gesagt und getan haben, war in den vergangenen zwei Jahren immer deutlich geworden. Hinzu kommt, daß viele ihrer Äußerungen extrem widersprüchlich und dehnbar waren. Im Zuge der Spaltung an einem »Deal«, den es gar nicht gab, und der Debatte darum sind die politischen Inhalte verwischt worden. Aus diesem Grund sagen wir nochmal einige Gedanken dazu, worum es uns politisch ging und geht.

Uns wundert, daß heute als Enthüllung und als Vorwurf kommt, daß wir keine Strategie haben, nachdem wir schon seit April '92 eine Diskussion wollen, in der neue Vorstellungen für die Zukunft revolutionärer Politik entwickelt werden. Wir sind davon ausgegangen, daß Ergebnisse einer Diskussion, also auch eine Neubestimmung, erst in einer gemeinsamen Auseinandersetzung gewonnen und nicht (von uns) vorweggenommen werden können.

Der Vorwurf vermittelt, es könnte heute Sache einer Gruppe sein, sozusagen »von außen« eine Konzeption zu entwickeln und anderen überzustülpen. Und das ohne den angepeilten Stoffwechsel zwischen uns und anderen, von dem noch kaum die Rede sein kann. Wir gehen nach wie vor davon aus, daß in einer neuen Vorstellung und zukünftigen Organisation sich die Erfahrungen und Auseinandersetzungen aus den verschiedensten Bereichen des Widerstands widerspiegeln müssen. Es ist absurd zu denken, ausgerechnet eine illegale Gruppe könnte heute alleine eine umfassende Konzeption in die Welt setzen.

Alle, denen es ernst ist mit einer Neubestimmung, müssen für diesen Prozeß Verantwortung übernehmen, natürlich auch wir.

Mit »Gegenmacht von unten« haben wir eine Vorstellung ANGERISSEN. Wir wollten eine Richtung benennen. Wir gingen davon aus, daß die Orientierung auf »Einheit der Revolutionäre« viel zu eng ist. Sowohl was den Blick auf die notwendige Entwicklung der Kämpfe betrifft, in denen es auch immer um politische Verankerung und Verbreiterung gehen muß, als auch was einen umfassenden Begriff der Situation betrifft. Beides ist in der ausschließlichen Konzentration auf die Organisation von Revolutionären nicht möglich, auch wenn diese dafür Bedingung ist.

Wir brauchen eine emanzipatorische Bewegung, die nicht nur dazu in der Lage ist, die Strategien der Herrschenden zu bekämpfen. Sondern die darüberhinaus eigene Alternativen entwickeln kann, eine gesellschaftliche Gegenkraft aufbaut, die aus dem Selbstbewußtsein kämpfen kann, der Kälte und Vernichtung durch das kapitalistische System eigene Vorstellungen von menschenwürdigem Leben entgegensetzen zu können. Eine emanzipatorische Bewegung muß die Auseinandersetzung um alle Unterdrückungsverhältnisse wie Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus führen, um im Kampf zu ihrer Aufhebung zu kommen. Es geht um den Aufbau einer

Gegenmacht, die sowohl den Willen hat als auch die Fähigkeit entwickelt, ihre Ziele gegen die Macht des Kapitals durchzukämpfen.

Wir gehen nicht davon aus, daß die Bedingungen in Deutschland für einen Aufbau einer sozialen Gegenmacht von unten einfach wären. Auch das Bewußtsein der Linken ist vom Leben in der Metropole bestimmt. Hier ist es oft einfacher, sektiererische Kämpfe zu vollführen, als den Willen und die Anstrengung aufzubringen, gemeinsame Grundlagen zu entwickeln und Organisation aufzubauen. Wenn die Indigenas in Chiapas sagen: »Dieses Volk wurde rebellisch und voller Würde geboren«, dann drückt das nicht unser Lebensgefühl in diesem Land hier aus. Aber der so einfache arrogante und resignierte Blick auf »die anderen« drückt doch nur aus, die eigene Geschichte vergessen zu haben: hier ist bestimmt niemand als Revolutionär geboren worden. Und es ist katastrophal, in Deutschland das »unten« den Faschisten zu überlassen.

Heute ist die Linke hier nicht deshalb nicht spürbar vorhanden, weil es keine Linken gibt, sondern weil sie es kaum in Angriff nehmen, eine gemeinsame Kraft zu entwickeln.

Wir haben gesagt, revolutionäre Politik muß dazu in der Lage sein, konkrete Veränderungen durchzukämpfen. Das hat mit einer auf Integration ausgerichteten Reformpolitik nichts zu tun. Uns geht es um einen Aneignungsprozeß, der erst mit der vollständigen Umwälzung der herrschenden Verhältnisse beendet sein wird (zumindestens in seiner ersten Etappe). Nicht nur die Lage der Völker im Süden und Osten macht deutlich, daß das notwendig ist. Auch die rasante destruktive politische, soziale und ökologische Entwicklung hier macht das existentiell.

Überall auf der Welt stellen sich die Revolutionäre die Aufgabe, eine soziale Gegenmacht entwickeln zu können. Eine Basis für den langen Atem für die internationale Revolution. Ein Aneignungsprozeß, der unter den Bedingungen der weltumspannenden Herrschaft des Kapitals heute schon beginnt und gegen diese durchgesetzt und verteidigt werden muß. »Die Macht wird nicht erobert, sie wird aufgebaut.« Eleuterio Fernández Huidobro, Tupamaros. GenossInnen aus dem Trikont betonen, daß sie die Entwicklung in Deutschland als weltweite Bedrohung für die Völker sehen. Heute kann die vordringliche Aufgabe internationalistischer Politik der Linken in Deutschland nur sein: Das Kräfteverhältnis hier und in dieser Gesellschaft zu unseren Gunsten zu entwickeln. Das verlangen GenossInnen aus dem Trikont von uns, womit sie recht haben. Da fängt der Internationalismus an. Das ist unsere Verantwortung. Die Verantwortung dafür, eine relevante Gegenkraft aufzubauen, die sich in die Lage versetzt, sowohl die Faschisten und Rassisten auf der Straße zu stoppen, als auch die Bestie Deutschland daran zu hindern, im Rahmen der NATO, der UNO und im Rahmen des globalen Marktes weiterzumarschieren.

Die Radikalität einer internationalistischen Linken wird sich nicht über Willensbekundungen oder verbalradikale Parolen herstellen; radikal werden wir nur dann sein, wenn wir es schaffen, relevanter Faktor zu werden, in einem Kampf für wirkli-

che Veränderungen überall auf der Welt, für das Leben der »Weltmassen«, einem internationalen Kampf für die Menschenwürde. Das ist existentiell.

Dieser Prozeß wird hier nur Wirklichkeit werden können, wenn der soziale Inhalt in unseren Kämpfen identifizierbar wird. Ein emanzipatorischer Kampf kann nicht nur das »Gegen«, die Negation transportieren, sondern muß deren Neusetzung entwickeln. Dem Irrsinn des Kapitalismus, der Barbarei des globalen Marktes, der Verwertung von Mensch und Natur muß der soziale Sinn, der an Mensch und Natur orientierten Gegenentwürfe entgegengestellt werden. Und so den sozialen Sinn revolutionärer Kämpfe kenntlich zu machen.

Der Kampf für die soziale Revolution steht im Widerspruch zu allen Formen der Herrschaft, zur Ausplünderung der Völker, zu Rassismus und Sexismus. Die Aneignung des gesamten sozialen Lebens, die Freiheit auf selbstbestimmte Organisation des Lebens weltweit statt der Unterwerfung unter die Verwertungslogik des Kapitals kann nur gegen die herrschenden Verhältnisse erkämpft werden.

Dabei geht es nicht um alternative Lebensweisen, die sich mit dem System arrangieren. Auch hat das nichts mit »vopolitisch« zu tun. »Das Soziale« ist der Kern der Revolution.

Wir sind in der Entwicklung der letzten Jahre bis hin zu Spaltung auf den Boden der Realität geknallt: Wir haben es als politischer Zusammenhang Gefangene/RAF nicht geschafft, die Erfahrungen aus 23 Jahren Kampf in diesen Prozeß gemeinsam einzubringen. Das ist eine Niederlage.

Von der sozialen Kenntlichkeit unseres Kampfes sind wir alle – RAF und Gefangene – weiter entfernt als die Jahre zuvor. Das zu ändern, wird neue Anläufe brauchen.

Das letzte Wort denen, die im weltweiten Kampf um soziale Revolution einen großen Schritt vorwärts durchgekämpft haben:

»Noch herrscht der Wind von oben, es kommt der Wind von unten, und dann kommt der Sturm. So wird es sein. Wenn der Sturm nachläßt, wenn der Regen und das Feuer die Erde zur Ruhe kommen lassen, dann wird die Welt nicht mehr diese Welt sein, sondern etwas Besseres« (EZLN Mexiko, August '92).

*Rote Armee Fraktion*  
6.3.1994

#### Anmerkungen:

1 Jetzt im nachhinein wissen wir, daß wir es damit ihm – sprich: dem VS – sehr einfach gemacht haben. Es muß für sie ein Problem gewesen sein, mit der veränderten Situation nach dem 10.4. umzugehen. Vor dem 10.4. war es offensichtlich VS-Vorstellung, den Bullen in die Guerilla einzuschleusen, um uns dann zu zerschlagen. Deshalb versuchte er vorher eine Diskussion in diese Richtung anzufangen. Nach dem 10.4. war das nicht mehr angebracht und seine Funktion änderte sich so, daß sie mit ihm einen Schlag gegen uns in der Hand hatten, für eine Situation, in der ihnen das politisch am meisten nützt. Das war nach Weiterstadt der Fall.

2 Die Übereinstimmung zwischen uns und einem Teil der Gefangenen erstreckt sich an diesem Punkt allerdings nur auf die Einschätzung. Aber nicht darauf, wie mit diesem Spaltungsinteresse umzugehen ist. Nämlich sich darüber bewußt zu sein und sich so auch davor schützen zu können. Tatsächlich waren wir in den letzten Jahren oft erschrocken darüber, wie sehr der Spaltungsplan aufgehen konnte. Wir waren immer davon überzeugt, daß der Staat nur dann Gefangene rauslassen würde, wenn es einen starkem Kampf darum gibt. Dementgegen gab es Äußerungen von Gefangenen, die dem Staat unterstellten, er hätte die Absicht, einigen Gefangenen die Freiheit zu »schenken«; das Vernichtungsinteresse zielte also nicht auf alle Gefangenen (dies natürlich an politischen Widersprüchen untereinander festgemacht). Das bekam dann den Einschlag, wenn einige Gefangene tatsächlich freikommen würden, sei das nur Teil des Vernichtungsplans gegen die anderen. Die Wirklichkeit hat bewiesen, daß es keinen Staatsplan gab, irgendetwas die Freiheit zu »schenken«.